

Rob Roemen

Als die Regierung ihre Kritiker einsperren ließ

Stellen Sie sich einmal vor, während der zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzung um das Mitte dieses Jahres abgehaltene Referendum wäre es kurzerhand zur Verhaftung von Gegnern der durchaus umstrittenen Europäischen Verfassung gekommen.

Was hätten Sie, auch wenn Sie ein glühender Bejager der Referendumsfrage gewesen wären, davon gehalten, wenn denn, etwa auf Geheiß von Premier Juncker oder auch seines Adjunkten, Justiz-, Armee- und Polizeiminister Frieden, aufmüpfige Leute wie Änder Hoffmann, Gaston Vogel oder Aly Jaerling und ihre Anhänger weggesperrt worden wären, mit der einzigen Begründung, diesen manchen Politikern lästigen Zeitgenossen sei eine gegen die Regierung gerichtete Aufwiegelei anzulasten? Ein Hirngespinnst? In der Tat ein unvorstellbarer Vorgang, der allen Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates Hohn sprechen würde!

Und doch! Vor 60 Jahren, knapp zwei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, der unser Land unter die Knechtschaft der Nazis gestellt hatte, wurden hierzulande in den frühen Morgenstunden eines heißen Sommertags vier junge Offiziere und ein Lehrer von der Geheimpolizei verhaftet. Sie galten alle als Kritiker der Exilminister, was sie wohl auch waren, genau so wie unzählige andere Mitbürger auch.

Den fünf Festgenommenen wurde vorgeworfen, ein Komplott gegen die Regierung zu schmieden. Doch weder gab es damals einen Beweis für diese Beschuldigung, noch konnten späterhin stichhaltige Argumente beigebracht werden, die die hanebüchenen Unterstellungen hätten untermauern können. Den Kritikern wurde ganz einfach ein Maulkorb verpasst – nicht einmal zehn Jahre, nachdem Joseph Bech mit dem auf denselben Namen getauften unrühmlichen Gesetz Schiffbruch erlitten hatte.¹

Von der Regierung im Stich gelassen

Da die parteipolitische Tätigkeit im Großherzogtum während der Kriegsjahre ruhte, hatten eigentlich nur die Exilminister (Pierre Dupong, Joseph Bech, Pierre Krier und Victor Bodson – Nicolas Margue war 1940 die Flucht misslungen) politischen Einfluss. Sie waren wegen ihrer Haltung gegenüber vielen Zuflucht suchenden Luxemburger Widerstandskämpfern sehr umstritten; ihre undurchsichtige Rolle ist indes bis heute nicht vollständig geklärt.

Das Verhalten der Exilregierung bewegte den Widerstandskämpfer Henri Koch-Kent und den Sprecher des luxemburgischen BBC-Programms in London, Mac Schleich, dazu, in der britischen Hauptstadt die *Association des Luxembourgeois en Grande-Bretagne* zu gründen. Die Vereinigung zählte bald 300 Mitglieder, Leute, denen die Flucht vor Gauleiter

Simon und seinen braunen Vollzugsge-sellen gelungen war, sowie Zwangsrekrutierte, die zu den westlichen Alliierten übergelaufen waren. Von vornherein hielten diese mit ihrer Kritik an der Exilregierung nicht hinter dem Berg und warfen den Ministern unverhohlen Ver-rat an den Landsleuten vor.

Staatsminister Pierre Dupong versuchte, die Vereinigung einzuschüchtern, indem er zunächst Mac Schleich vom Posten des Sekretärs und schließlich auch als BBC-Sprecher verscheuchen wollte. Dies misslang jedoch. Auch sein Versuch, eine im Hyde Park-Hotel veranstaltete patriotische Kundgebung zu boykottieren, die bis auf den letzten Platz besetzt war, scheiterte kläglich. Interessanterweise hatte der Privatsekretär von Prinz Felix, Albert Stoltz, diese als *Calvaire du Luxembourg* angekündigte Veranstaltung eröffnet.

Rob Roemen war bis Juli 2005 Chefredakteur des *Lëtzeburger Journal*. 1995 erschien sein Buch *Aus Liebe zur Freiheit* über die Geschichte des Liberalismus in Luxemburg.

Die von den Regierungsvertretern im Stich gelassenen Luxemburger in London hatten lediglich durch die Radiosendungen des Journalisten Mac Schleich und die guten Beziehungen des Widerstandskämpfers Henri Koch-Kent Kontakt zu ihren Angehörigen in der Heimat. Hatten die Exilpolitiker es bereits unterlassen, die jüdischen Mitbürger am 10. Mai 1940 zu warnen und sie zur Flucht aufzurufen, so überließen sie nun die politischen Flüchtlinge ihrem Schicksal.

Wie die Offiziere in Ungnade fielen

Die Resistenzler in Luxemburg hatten damals noch keine Kenntnis von Unterlassungen, die massiv von den in London harrenden Luxemburger Widerstandskämpfern angeprangert wurden. Diese warfen den Exilministern immer wieder vor, das Volk im Stich gelassen und den vielen jungen Luxemburger Flüchtlingen die Unterstützung versagt zu haben. Zu ihnen gehörte (der spätere liberale Minister) Emile Krieps, der in den Diensten der Alliierten stand. Er sollte, wie die anderen Kampfgefährten aus dem Widerstand, denen das Fehlverhalten der Regierung nicht entgangen war, späterhin die Rache der in ihrem fragwürdigen Tun aufgeschreckten Minister zu spüren bekommen.

Dies trifft zweifellos auch für den späteren Armeechef Robert Winter zu. Ihn hatte kurz vor der Befreiung ein Telegramm von Außenminister Joseph Bech in Holland erreicht, wo ein Teil der Luxemburger Kriegsfreiwilligen die belgischen (und englischen) Truppen unterstützte. Bech verlangte, dass einer der drei in Holland weilenden Luxemburger Offiziere (Juttel, Jacoby, Winter) ihn in Brüssel aufsuchen sollte, wozu sich Winter auch bereit erklärte. Als er mit seinem Motorrad in der belgischen Hauptstadt ankam, wollte Bech ihn dazu bewegen, die 200 bis 300 Luxemburger Soldaten, die unter englischer bzw. belgischer Fahne dienten, als Begleitschutz der Regierung bei ihrer Rückkehr nach Luxemburg einzusetzen. Winter lehnte ab, mit der Begründung, dass er und seine Freunde als Kriegsfreiwillige der Luxemburger Regierung zu nichts verpflichtet seien, weil sie in den Diensten der Alliierten stünden. „Vun deem Dag un war ech beim Här Bech erleedegt“, sagte Robert Winter.²

Auch Albert Wingert, ein Schiffflinger Schullehrer, der nach dem Krieg in beratender Funktion im Arbeitsministerium wirkte, hatte (trotz seiner sozialistischen Parteizugehörigkeit) lange Zeit heftigste Kritik an der Exilregierung geübt und Remedur verlangt. Er hatte sich als Leiter der Resistenzlergruppe *ALWERAJE* besonders verdient gemacht.³

Resistenzler kündigen Zusammenarbeit mit Regierung auf

Den erst im September 1944 aus dem Londoner Exil zurückgekehrten Ministern von Rechtspartei und Sozialisten wurde große Skepsis entgegengebracht. Dennoch waren sie nicht zur Demission bereit, mit der Begründung, sie wollten die Rückkehr der Großherzogin abwarten. In der britischen Tageszeitung *Daily Telegraph* stand hierzu zu lesen: „Unter den alliierten Regierungen, die in London sitzen, ist die Luxemburger Regierung die einzige, die so rationiert, was nicht mit den demokratischen Zielen der Bevölkerung dieses kleinen Landes in Einklang ist.“

Den Kritikern wurde ganz einfach ein Maulkorb verpasst – nicht einmal zehn Jahre, nachdem Joseph Bech mit dem auf denselben Namen getauften unrühmlichen Gesetz Schiffbruch erlitten hatte.

Eine zweite, von keinem Parlament abgesegnete Regierungserweiterung (die Nominierung von Pierre Frieden bei der ersten Erweiterung, im November 1944, hatten die Resistenzlerorganisationen gebilligt), die im Februar 1945 erfolgte (mit der Einsetzung von Robert Als als Innenminister und von Guill Konsbrück als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister sowie Joseph Schroeder als Gewerkschaftskommissar für die Rekonstruktion), war nicht dazu angetan, die Wogen zu glätten. Die Resistenzlervereinigung *d'Unio'n* war in Rage: „Mir brauche keng Regirong vun 6 oder 8 Ministeren. Drei oder ve'er gin dur“, wurde gemeint. Am Tag der Erweiterung kündigte die bis dahin sehr aktive Vereinigung jede Zusammenarbeit mit der Regierung auf, betonte aber,

sie halte sich weiter zur Verfügung der Alliierten, um Ordnung und Sicherheit im Lande aufrecht zu halten.

Vergiftete Atmosphäre in der *Assemblée consultative*

Für den 6. Dezember 1944 wurde erstmals eine Parlamentssitzung einberufen, doch war die Kammer nicht beschlussfähig, weil von den 55 früheren Abgeordneten lediglich 25 erschienen waren. Einige waren im Krieg umgekommen, andere waren verschleppt worden. Auch sollte die Ardennenoffensive von Dezember 1944 es der nationalen Politik vorläufig nicht erlauben, wieder die Verantwortung zu übernehmen.

Auf Drängen der *Unio'n* verfügte die Regierung am 22. Februar 1945 die Einsetzung einer *Consultative* nach französischem Muster. Diese provisorische Abgeordnetenkammer (*Assemblée consultative*) nahm im März 1945 – einige Tage nur, nachdem die drei letzten Luxemburger Dörfer, im Kanton Echternach, befreit worden waren – ihre Arbeiten auf.

Durch Regierungsbeschluss vom 12. März 1945 wurden die Mandate von 37 bisherigen, vor dem Krieg gewählten Deputierten verlängert, während 30 neue Mitglieder (hauptsächlich aus Resistenzlerkreisen) ernannt wurden, so dass die Zahl der Mandate im Parlament auf 67 anstieg. Zu den vordringlichen Aufgaben der Versammlung gehörte die Legitimierung der seit 1940 im Exil weilenden und inzwischen erweiterten Regierung.

Während Minister Dupong im Verlauf der äußerst heftigen Debatten in der *Assemblée consultative* in einem Bericht die Flucht der Regierung während der Kriegsjahre rechtfertigte, klangen von Oppositionsseite harsche Vorwürfe an. Es wurde immerfort betont, eine neue Regierung nationaldemokratischer Prägung müsse her, die besser über den Zustand von Land und Leuten im Bilde sei als die Exilregierung, der jeder Kontakt zur Bevölkerung fehle.

Insgesamt schien das Klima in der *Assemblée consultative* nicht das beste gewesen zu sein. Ein Zeitzeuge, der ehemalige *Groupement*-Abgeordnete Néckel Kremer aus Differdingen, schreibt dazu: „Vu gudder Zusammenarbeit becht a Versteesdemech am Sein vun der Assemblée consul-

tative ka keng Ried sin. Verdächtigungen an Attacken wore keng Seelenheet an et huet ee gemengt, datt déi deemoleg vergëften Atmosphär sech bis eran an dat héicht Haus geschlach hätt.“⁴

Wieder verfassungsrechtliche Verhältnisse

Am 16. August 1945, nach 18 Tagungen, waren die Arbeiten der *Assemblée consultative* abgeschlossen, und tags darauf trat die legislative Kammer wiederum in ihre Rechte. Lediglich 38 Mitglieder fanden sich am 5. September ein, um sich einer Anpassung der sich aus den Kriegswirren ergebenden verfassungsrechtlichen Verhältnisse zu widmen. Bis dahin hatten hitzige Debatten über Eurationsfragen, über die Mitgliedschaft in der VDB (Volksdeutsche Bewegung) und verständlicherweise auch über die parlamentarische Verantwortung in den ersten Monaten der Besatzungszeit stattgefunden. Sehr zum Leidwesen der Regierung kam auch das patriotische Verhalten jener Volksvertreter, Verwaltungsbeamten, Juristen, Geistlichen u.a.m. zur Sprache, die 1940 einen vom Gauleiter abgefangenen Brief an Hitler unterzeichnet hatten, worin sie sich mutig für die staatliche Autonomie unter dem „Zepter unserer angestammten Dynastie“ ausgesprochen hatten.⁵

Die Regierungsvertreter atmeten auf, als die Konsultativversammlung aufgelöst war, hatte sich daraus doch nicht jenes von ihnen erhoffte bequeme Instrument entwickelt, das sie nach Belieben hätten beeinflussen können. So hält denn auch der Historiker Christian Calmes fest: « Contrairement aux espoirs du Gouvernement de trouver un écho de l'opinion publique et un forum d'idées, il y trouva plutôt un haut parleur pour les critiques oppositionnelles et souvent contradictoires. »⁶ ...

Das turbulente Jahr 1946

Die Allparteien-Regierung der Nationalen Union, die nunmehr auf die Beine gestellt wurde, kam im politisch turbulenten Jahr 1946 sogleich stark in Bedrängnis, zunächst anlässlich verschiedener Eisenbahn-Debatten, dann vor allem aber infolge der im Verlauf des Gomand-Prozesses und der von verschiedenen Regierungsmitgliedern konstruierten Putsch-Affäre wieder aufwallenden Kritik an den Exilministern.



28. Juni 1945: Leutnant Robert Winter wird von Großherzogin Charlotte ausgezeichnet
Links im Bild: Emile Krieps.

Auch wurde schon sehr früh deutlich, dass das Fehlen einer parlamentarischen Opposition Sand im demokratischen Getriebe war. Es lag denn auch auf der Hand, dass sich in dieser Situation behände eine außerparlamentarische Opposition bildete, die sich im wachsenden Missfallen der Bevölkerung äußerte, ausgelöst durch „das schlürfende Getue, das vornehmerische Gehabe, die überhebliche Geheimnistuerei der Regierung“, wie Henri Koch-Kent schreibt.⁷

Zudem verlegten sich Sozialisten und Kommunisten auf ein Doppelspiel, indem sie in publikumswirksamen

sozialpolitischen Fragen gleichzeitig eine Oppositionsrolle übernahmen. So stimmten CSV und *Groupement* in der Index-Frage am 10. Januar 1946 für eine Neuregelung, während Arbeiterpartei und Kommunisten sich enthielten.⁸

Der Gomand-Prozess

Wie viele andere Luxemburger auch, hatten die Luxemburger Resistenzler Norbert Gomand, Raymond Dupont und Léon Thoss immer wieder heftige Vorwürfe an die Adresse der Luxemburger Exilregierung gerichtet. Weil diese Kritik aber in der 1945 gegrün-

deten Wochenzeitung *L'Indépendant* nachzulesen stand, strengten die Minister Pierre Dupong, Joseph Bech (beide Rechtspartei, spätere CSV) und Victor Bodson (Sozialist) nun ein Gerichtsverfahren an. Der Prozess, der hauptsächlich gegen Norbert Gomand gerichtet war und nach dem Herausgeber des *L'Indépendant* benannt wurde, begann Anfang 1946. Während Monaten wurden insgesamt 114 Zeugen gehört. Viele von ihnen bestätigten, dass die Exilregierung es an jeglicher Unterstützung hatte fehlen lassen.

Um das Ausmaß der Verfehlungen anschaulich zu machen, die den Exilministern angelastet wurden, hier eine Zusammenfassung der Aussagen des ersten Zeugen, dem damaligen Oberleutnant Emile Krieps, der zur zweiten Prozesstagung am 5. April 1946 vorgeladen war. Er hatte darauf gehalten, dem Gericht mitzuteilen, dass er sich tags darauf wegen der Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitung *L'Indépendant* vor dem Disziplinarrat zu verantworten habe, wo ihm der Ausschluss aus der Armee drohen könnte. In der Tat war es den Armeeangehörigen untersagt, den *L'Indépendant*, dessen Erscheinen während Monaten von der Regierung verboten worden war, zu lesen oder darin Artikel zu veröffentlichen. Obwohl Emile Krieps mit schlimmen Konsequenzen rechnen musste, hatte er eine Leserzuschrift verfasst, die am 6. September 1945 veröffentlicht worden war. Der Wortlaut war hoch brisant:

« Au mois de janvier 1943, M. Victor Bodson se trouvait au Portugal, chargé de la mission de faire sortir les ressortissants luxembourgeois du fameux camps de concentration de Miranda-de-Ebro. Le 2 juin de la même année, M. Charles Gordian Troeller battait tous les records en évacuant clandestinement de Madrid au Portugal une trentaine de jeunes gens, parmi lesquels je me trouvais. Par cette opération splendide, une des nombreuses performées par M. Troeller, j'arrivais en Angleterre bien avant que je l'eusse espéré.

Quant aux efforts de M. Bodson, il n'était pas difficile de battre ce record, parce qu'il n'a jamais réussi à évacuer personne. Je profite de cette occasion pour remercier de tout coeur M. Troeller pour tout ce qu'il a fait pour la cause alliée et devant toutes les habituelles calomnies de M. Bodson, je considère

qu'il est de mon devoir de me porter garant de l'attitude patriotique de M. Troeller. »

Die Luxemburger Regierung nahm es Gordian Troeller⁹, dem aufrichtigen Widerstandskämpfer, offenbar übel, dass er Protestant war. Auch wurde er von Justizminister Bodson angegriffen, weil er eine Deutsche geheiratet hatte, eine vor den Nazis geflüchtete Jüdin (Tochter von Dr. Kahn), die bei Kriegsausbruch bei luxemburgischen Freunden Unterschlupf gefunden hatte.

Sicher scheint allemal, dass die sich fernab des unterdrückten Landes in Sicherheit befindende Regierung in den Kriegsjahren große Schuld auf sich geladen hat, wofür sie niemals zur Rechenschaft gezogen wurde.

Vor Gericht sagte Emile Krieps, laut Bericht der Zeitung *d'Unio'n*, aus: „Viele Luxemburger haben das Land verlassen wollen, um in den alliierten Armeen zu dienen, nicht aber um in Südfrankreich während der Dauer des Krieges zu leben oder gar um in die Fremdenlegion zu gehen. (...) Wenn Luxemburger nur nach Südfrankreich kamen, wo sie ‚liegen blieben‘ und nicht nach England weiterreisen konnten, so ist das der Regierung zuzuschreiben, die sich nicht um sie kümmerte.“

Zu den Luxemburgern, die sich in Frankreich für Landsleute auf der Flucht einsetzten, zählte Emile Krieps u.a. den Beschuldigten Norbert Gomand, den amtierenden kommunistischen Minister Dr. Marx und den Direktor des bischöflichen Konvikts, Jos. Reckinger. Laut *d'Unio'n* sagte Krieps weiter aus: „(...) die luxemburgische Regierung hätte sich für die Evakuierung früher und intensiver einsetzen müssen, als sie es getan habe. Herr Antoine Funck und Herr Nothumb hätten den Luxemburgern in Frankreich falsche Pässe ausstellen müssen, um das Leben vieler Luxemburger zu retten. Wenn sie keine Instruktionen von der Regierung gehabt hätten, so sei das ein Fehler der Regierung gewesen.“

Krieps ging auch in scharfen Worten auf die Tätigkeit des Abbé Majerus ein, der ausschließlich Flüchtlinge in Frank-

reich in seinen „Drecks Keller“ aufgenommen habe, wenn sie die Sonntagsmesse besuchten. Dieser Abbé, der als Zeuge der Regierung auftrat, sagte u.a. aus, er habe Gomand drei Monate lang in seinem *Centre d'Accueil* Unterschlupf gewährt. Aufgebracht unterbrach Gomand den Abbé und stellte klar, diese Behauptung sei unwahr, der Abbé sei ein Lügner. Dies brachte Gomand eine Strafe wegen Prozessstörung ein. Tags darauf gab der Abbé zu, dass er sich geirrt hatte: nicht Gomand sei bei ihm aufgenommen worden. Dennoch wurde Gomand die Strafe (15 Tage Haft) nicht erlassen.

Zeuge Emile Krieps sagt ferner aus, dass Albert Ungeheuer das erste Opfer von 15 gewesen sei, das den Deutschen in die Hände fiel, weil die Regierung nichts unternommen habe, um den Flüchtlingen so schnell wie möglich zur Passage nach England zu verhelfen. „I.K.H. Prinz Felix habe sich einmal geäußert, es komme nicht auf das Geld an, sondern auf den Mann, eine Meinung, die die Regierung anscheinend nicht teilte.“

Emile Krieps warf der Regierung vor, glatt versagt zu haben, weil sie niemandem geholfen habe, worüber die Resistenzler sehr empört gewesen seien. Wie andere Luxemburger habe er sich selbst länger im Camp von Miranda aufhalten müssen, weil Justizminister Bodson in einem Brief an das belgische Konsulat erklärt habe, es handle sich bei den Luxemburgern lediglich um *jeunes étourdis et aventuriers*. Daraufhin habe der belgische Konsul die Interessen der Luxemburger nicht mehr vertreten. In der Gerichtsverhandlung vom 15. Mai 1946 sagte Krieps – laut *L'Indépendant* – Folgendes aus:

„Durch die Kriegserklärung Luxemburgs an Deutschland – ohne gleichzeitige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht – versetzte die Exilregierung unsere Refraktäre in eine missliche Lage. Da sie nicht einer nationalen Wehrpflicht unterworfen waren, die deutsche Wehrpflicht jedoch später durch Gauleiter Simon vielleicht gerade deswegen eingeführt wurde, wurden die Refraktäre nicht als kriegsgefangene Soldaten, sondern als Freiwild, bzw. Deserteure der deutschen Wehrmacht behandelt. Dies wäre ggf. nicht der Fall gewesen, wenn unsere Regierung gleichzeitig mit der Kriegserklärung an Deutschland die Wehrpflicht unserer Jugend proklamiert

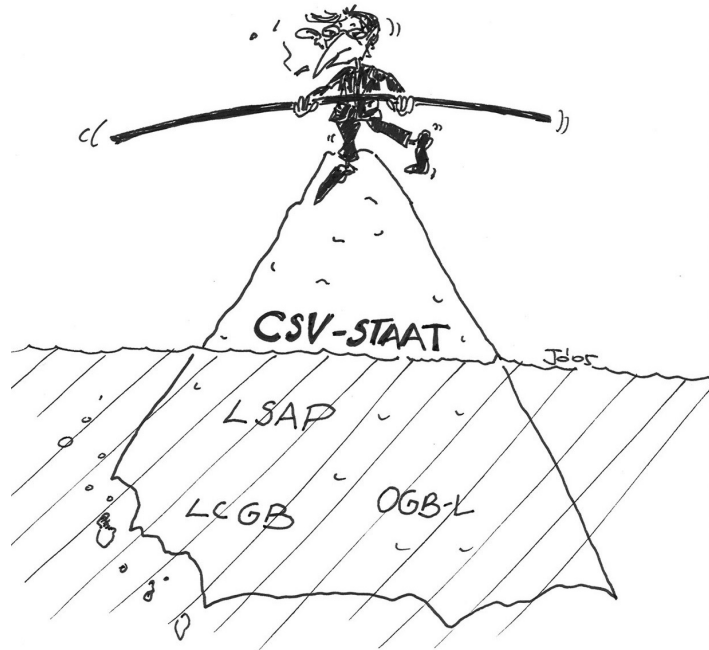
hätte, sie mithin zu Soldaten einer regulären Armee gemacht hätte.“

« Cessez tout secours aux Luxembourgeois. »

Über die Zeugenvernehmung des Offiziers Robert Winter im Gomand-Prozess berichtete die Zeitung *D'Unio'n* am 31. Mai 1946 in bezug auf ein Kreuzverhör u.a.: „Die Zivilpartei: ‚Wie wurde der Zeuge von der Luxemburger Regierung in London aufgenommen?‘ – Der Zeuge: ‚Sehr schlecht‘. – Der Präsident: ‚In welchem Sinn?‘ – Der Zeuge: ‚In dem Sinn, dass nichts für uns getan wurde. Wir schlugen der Regierung vor, den noch in Frankreich und Spanien weilenden Luxemburgern zu helfen‘. – Der Präsident: ‚An wen hatten Sie sich in London gewandt?‘ – Der Zeuge: ‚An Herrn Minister Bech. Herr Bech fand die Überführung nach London zu teuer. Er glaubte, sie hätten auch vielleicht nicht das Bedürfnis nach London zu kommen; im übrigen seien sie besser dort‘. – Der Präsident: ‚Kannte die Regierung die Situation der Luxemburger in Frankreich und Spanien? Wollten die noch in Frankreich und Spanien zurückgebliebenen Luxemburger nach England gehen?‘ – Der Zeuge: ‚All diejenigen, die sich um einen Pass bemüht hatten, wollten England erreichen. Das waren fast alle‘. – Der Präsident: ‚Gab Herr Bech Ihnen auch dieselbe obige Antwort, als Sie ihm die ganze Lage geschildert hatten?‘ – Der Zeuge: ‚Ja‘.“

Auch der Anfang Mai 1940 vor den Nazis geflüchtete Eugène Simon, Fahrer bei RTL, sagte in dem Prozess aus. Er war von dem Luxemburger Geschäftsträger in Vichy und dem in Frankreich tätigen Generaldelegierten des Luxemburger Roten Kreuzes im Stich gelassen worden, mit der Begründung, eine finanzielle Unterstützung, auf die die Flüchtlinge angewiesen waren, käme „nur für Intellektuelle“ in Frage. Simon legte auch das skandalöse Telegramm von Joseph Bech an die holländische Legation in Madrid vor, das die Worte beinhaltete: « Cessez tout secours aux Luxembourgeois. »

Die Aussagen von Emile Krieps, Eugène Simon und Robert Winter wurden in den Berichten von *Luxemburger Wort* und *Tageblatt* unterschlagen. Auch andere Zeugenaussagen kamen in den beiden größten Zeitungen zu kurz.



Während der Gerichtsverhandlung wurde der Regierung u.a. die Hauptverantwortung für die Erschießung Luxemburger Patrioten vorgeworfen, weil sie es unterlassen hatte, diesen Menschen bei ihrer Flucht vor den Nazis zu helfen.

Auch die Denunziation von 15 belgischen Resistenzlern durch den von Justizminister Bodson angeheuertem „Monsieur Pierre“ figurierte in den Anklagen. Zudem wurde immer wieder von der Vergeudung von Staatsgeldern durch die Exilminister gesprochen, u.v.m.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle den gesamten Verlauf des Gomand-Prozesses zu schildern. Sicher scheint allemal, dass die sich fernab des unterdrückten Landes in Sicherheit befindende Regierung in den Kriegsjahren große Schuld auf sich geladen hat, wofür sie niemals zur Rechenschaft gezogen wurde.

Der Gomand-Prozess endete am 29. März 1947 mit der Verurteilung des beschuldigten Zeitungsherausgebers zu einer hohen Geldstrafe, dies allerdings

nicht wegen des Inhalts seiner Artikel, sondern einzig wegen deren Form.

Der „Putsch“

Nach dem Gomand-Prozess geriet der von gewissen Kreisen als so genannter Staatsstreich dargestellte angebliche Putsch der Offiziere zum politischen Hauptereignis von 1946. In diese Affäre, die in direktem Zusammenhang mit dem Gomand-Prozess stand, wurden ausschließlich verdienstvolle Widerstandskämpfer hineingezerzt: Major Rudy Ensch, die Leutnants Jean Juttel, Emile Krieps und Robert Winter sowie der Schiffflinger Lehrer Albert Wingert, der als Regierungsattaché im Arbeitsministerium tätig war. Diese Episode veranschaulicht, wie stark die demokratischen Grundregeln im Großherzogtum zu jener Zeit in Mitleidenschaft gezogen waren.

Es war am frühen Morgen des 2. August 1946, als die Geheimpolizei Emile Krieps kurzerhand verhaftete. Etwa gleichzeitig wurden die Offiziere Rudy Ensch,

Jean Juttel und Robert Winter festgenommen. Ihnen, ebenso wie dem Lehrer und Resistenzler Albert Wingert, wurde vorgeworfen, ein Komplott gegen die Regierung Dupong zu schmieden. Der anfängliche Versuch, die Festnahmen geheim zu halten, schlug fehl, weil Henri Koch-Kent die Nachrichtenagentur *Associated Press* flugs mit Depeschen eindeckte, so dass die Story im Nu in alle Welt verbreitet wurde.

Außenminister Joseph Bech, vermutlich der eigentliche Drahtzieher dieser unrühmlichen Affäre, sprach vor Mitgliedern des diplomatischen Korps von einer „Bande umstürzlerischer Elemente“, wobei er „umstürzlerisch“ gleichbedeutend mit „kommunistisch“ setzte. Joseph Bech, der schon vor dem Krieg überall kommunistische Maulwürfe ausgemacht hatte, bevor er sein „Maulkorbgesetz“ durchzusetzen suchte, schien diesmal aufs Ganze gehen zu wollen.

Als einzige Luxemburger Zeitung brachte das *Tageblatt* am 2. August 1946 eine (Kurz-)Meldung: „Wie wir vernehmen, sind im Laufe der Nacht einige Verhaftungen vorgenommen worden. Dieselben sollen im Zusammenhang stehen mit einem Versuch, der die gewaltsame Beseitigung der Regierung zum Zweck hatte. Einzelheiten stehen noch aus.“

Das Justizministerium (zuständiger Minister: Sozialist Bodson) ließ am darauffolgenden 3. August ein Kommuniké mit folgendem Inhalt verbreiten: „Im Zusammenhang mit angeblichen Vorbereitungen eines bewaffneten Putsches wurden am 2. August verschiedene Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Über das Bestreben und die eventuellen Ausmaße des Putsches sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Zur Richtigstellung von wilden Gerüchten und Übertreibungen erklärt das Justizministerium, dass die gerichtliche Untersuchung mit der größtmöglichen Beschleunigung durchgeführt wird, und keine der vorgeführten Personen auch nur eine Minute länger vor dem Untersuchungsrichter zurückgehalten wird, als die zu tätigen Erhebungen dies unbedingt erfordern.“

„Versuch, Offiziere zu verführen“

Nachdem die von Untersuchungsrichter Delaporte vernommenen Offiziere wieder auf freien Fuß gesetzt worden

waren, tickerte Koch-Kent eiligst über die Nachrichtenagentur AP: „Man kennt nicht die Hintergründe dieser Affäre, die der Ausdruck eines politischen Unbehagens zu sein scheint stop Gewisse Kreise machen der Luxemburger Obrigkeit den Vorwurf, Verhaftungen vorgenommen zu haben, die dazu angetan sind, dem Ruf des Großherzogtums Luxemburg zu schaden stop.“

Außenminister Joseph Bech, vermutlich der eigentliche Drahtzieher dieser unrühmlichen Affäre, sprach vor Mitgliedern des diplomatischen Korps von einer „Bande umstürzlerischer Elemente“, wobei er „umstürzlerisch“ gleichbedeutend mit „kommunistisch“ setzte.

Einer der Verhafteten wurde länger in Gewahrsam gehalten: Albert Wingert, der vier Jahre lang in deutschen Konzentrationslagern verbracht hatte. Er blieb 10 Tage in Isolationshaft, weil der Geheimpolizist Wictor (ein Protegé von Minister Bodson, der während der Nazibesatzung eine zwielichtige Rolle spielte) ihn in einem abenteuerlich konstruierten Bericht schwer belastete. Doch stellten sich alle Beschuldigungen als haltlos heraus.

Die Presseberichte variierten: Das *Tageblatt* stellte fest: „Ein gravierendes Unbehagen beunruhigt das Land“; das *Luxemburger Wort* schrieb über „Verschwörer“, die sich „über die Milde der Maßnahmen, die gegen Kollaborateure und Verräter angewandt werden“, beklagt hätten, während die *KPL-Zeitung* mutmaßte, es gehe darum, „einen Teil der Resistenz in die Falle zu locken, um sie zu liquidieren.“

Einige Tage später wurde das Parlament eingeschaltet. Staatsminister Dupong behauptete im Plenum: „Ich wurde ein erstes Mal benachrichtigt – es sind schon mindestens sechs Monate her –, dass sich ein Gewaltstreik vorbereitete. Später haben Kollegen, die um mich sitzen, von Zeit zu Zeit von Gerüchten geredet, die sie gehört haben. Alle, die hier in der Kammer sitzen, haben von ähnlichen Gerüchten gehört; sie wissen, um was es geht. Vor vierzehn Tagen kamen genauere Informa-

tionen zu meiner Kenntnis. Ich erfuhr von vertrauenswürdigen Leuten, dass in geheimen Zusammenkünften ein Komplott geschmiedet wurde, dessen Ziel es war, gewisse Regierungsmitglieder verschwinden zu lassen, wenn sie auch später wieder freigelassen werden sollten; es war aber auch beschlossen worden, ‚datt der 2 oder 3 ëmgeluecht sollte gin, wa si sollte Widerstand leeschten‘.“¹⁰

Es ging Dupong (und Bech!) darum, den Eindruck zu erwecken, als hätten sich „Leute, die zu Gewalt bereit sind, um ihren Meinungen zur Vorherrschaft zu verhalten“, an die verhafteten und wieder freigelassenen Beschuldigten herangemacht, „um die Mithilfe eines Teils der Armee oder der Polizeikräfte zu bekommen“. Der Staatsminister sprach von einem „Versuch, Offiziere zu verführen.“

Dupong setzte seinen grundlosen Beschuldigungen die Krone auf, als er behauptete, was bislang in dieser Affäre herausgekommen sei, sei „ein Anlauf des faschistischen Geistes.“ Niemand protestierte, vielmehr eiferten Politiker auf allen Bänken dem Staatsminister nach. Die Blamage war deshalb auch für alle perfekt, als sich die Haltlosigkeit der Dupong-Bech-Beschuldigungen herausstellte, wofür allerdings niemand jemals zur Rechenschaft gezogen wurde.

Die Kronzeugen sollten mundtot gemacht werden

In der kritischen Wochenschrift *L'Indépendant*, die weiterhin mit beispielloser Härte und ohne jede Scheu den Mitgliedern der Exilregierung wegen ihrer Unterlassungen in den Kriegsjahren am Zeug flickte, ließ Direktor Norbert Gomand durchblicken, Staatsminister Dupong habe den so genannten Putsch selbst eingefädelt. Das Blatt korrigierte dann seine Beschuldigungen mit Hinweis auf die wahren Hintergründe: „Dieser ‚Putsch‘ war keineswegs improvisiert, sondern sorgfältig einstudiert. Diese Tatsache führte uns auf eine andere Fahrte, die des Joseph Bech. Nur er versteht es, eine Sache fein einzufädeln. Diesmal tat er es durch einen Brief an die Staatsanwaltschaft.“¹¹

Diese unglaublich klingende Darstellung wurde später von Zeugen bestätigt. Der Bech-Brief, den es gemäß



*Der Staatsmann Joseph Bech bei der Unterzeichnung
des Nordatlantikpaktes im April 1949*

Zeugenaussagen tatsächlich gegeben hatte, verschwand zwar (wie manch anderer Beleg auch) aus den Dossiers. Dass Bech die Fäden zog, daran besteht aber längst kein Zweifel mehr.

Victor Bodson, damaliger Justizminister – auf ein Gespräch mit dem damaligen Generalstaatsanwalt Félix Welter angesprochen –, gab einige Jahrzehnte später in einem Interview zu: „Das war kein Putsch. Wenn es ein Putsch gewesen wäre, hätten die vier in Frage kommenden Offiziere ihn gemacht.“ Bodson meinte, es sei „dommt Geschwätz“ hinterbracht worden. Welter habe in seiner (Bodsons) Abwesenheit von Bech den Auftrag bekommen, die Verhaftungen vorzunehmen („mä da setzt se emol an“).¹²

Das Verfahren gegen Albert Wingert, Jean Juttel, Emile Krieps und Robert Winter wurde am 30. Oktober 1946 eingestellt. Die Offiziere Krieps, Juttel und Winter waren – wie es in Pressekommentaren hieß – „Kronzeugen“ gegen die Regierung im Gomand-Prozess. Das scheint zunächst eine Erklärung für die dubiose Hexenjagd gewesen zu sein.

Die grundlos Beschuldigten waren außerdem, wie ihre Freunde Jules Dominique und Rudy Ensich (zwei andere Offiziere, die nicht verhaftet worden waren), Anhänger des *Groupement*, der heute als Vorläufer der DP angesehen wird. Wingert war Sozialist, er war aber wegen seines allgemein kritischen Auftretens längst bei der Arbeiterpartei-Obrigkeit in Ungnade gefallen. Zwischen ihm und den verhafteten Offizieren bestand keinerlei Verbindung.

Laut Aussage von P. Dupong im Parlament, handelte es sich „um einige Personen, die illuminierter oder überspannter seien, oder um solche, die noch niemals vor das Forum der Öffentlichkeit kamen und dem freien Geist Luxemburgs nicht treu sind“, was auch immer der Staatsminister mit diesem verschnörkelten Satz ausdrücken wollte.

Im *Groupement*-Organ *d'Unio'n* hieß es: „Wenn wir nochmals auf die von der Regierungso Großaufgebauchte, Putsch-affäre‘ zurückkommen, dann tun wir das nur, um unseren Lesern mitzuteilen, dass die Untersuchung beendet ist und dass das Verfahren gegen Wingert und die Offiziere eingestellt wurde. Es hat sich nach gründlichster Untersuchung herausgestellt, dass eine staatsfeindliche Verschwörung überhaupt nicht bestand. Wir beglückwünschen unsere Freunde Wingert, Dominique, Ensch, Jüttel, Krieps und Winter, die jetzt ihre Stellen wieder antreten können.“ Die dreimonatige Dauer der Untersuchung wertete *d'Unio'n* als „ein Zeichen, dass sie gründlich gemacht wurde“. ¹³

Nachwehen

Die Urheber, die ja hauptsächlich an der Spitze der Rechtspartei (die heute CSV heißt) auszumachen waren, durften weiterhin ihren Hirngespinsten frönen. So wurde denn lange Jahre danach noch immer das unsinnige Gerücht aufrecht erhalten, dass da einige junge Offiziere und ein Schullehrer einen politischen Umsturz im Sinne gehabt hätten.

Weil die wahren Hintergründe der Skandalstory niemals aufgeklärt wurden, gerieten die Betroffenen selber immer wieder in Misskredit. So lässt

Joseph Bech – Gründungsvater der Europäischen Union und CSV-Ikone.



z.B. Geschichtsforscher Gilbert Trausch (erstaunlicherweise) die Frage offen, ob das „Komplott“ von August 1946 lediglich eine Bech-Erfindung war.¹⁴

Als Ende der 50er Jahre der damalige Armeeminister Eugène Schaus Robert Winter zum Generalstabschef und Emile Krieps zum Direktor der technischen Dienste der Armee ernannte, machte der einflussreiche christlich-soziale Politiker Pierre Grégoire dem amtierenden Regierungschef Pierre Werner auf einem CSV-Kongress Vorhaltungen, die Armee werde „in die Hände der Putschisten Winter und Krieps“ gegeben.

Die CSV-Intrigen wurden erst eingestellt, nachdem der schon früh in Ungnade gefallene Colonel Winter 1966 als Generalstabschef gestürzt und die Armee-spitze durch politische Freunde der Konservativen besetzt worden war ...

¹ Die wesentlichen Angaben dieses Beitrags wurden dem Buch von Rob Roemen: *Aus Liebe zur Freiheit, 100 Jahre Liberalismus in Luxemburg, entnommen – Imprimerie Centrale (1995)*

² „Als die Regierung gegen den Armeechef putschte“ – Lëtzebuerger Journal, 29. Februar 1992

³ Marc Limpach/Marc Kayser: Wir glauben an die Demokratie – Albert Wingert, Resistenzler – Editions d’Lëtzebuurger Land (2004)

⁴ Néckel Kremer hat seine Erinnerungen an die Kriegswirren und die direkten Nachkriegsgeschichte in acht Büchern nieder geschrieben.

⁵ Parlamentsbericht über die außerordentliche
Kammersession 1945

⁶ Christian Calmes/Danielle Boffaert: Histoire contemporaine du Luxembourg – Volume 13., Imprimerie St. Paul (1995)

⁷ *Henri Koch-Kent: Putsch in Luxemburg ? – Ein Schilbürgerstreich. – Imprimerie Victor Buck (1980)*

⁸ Die automatische Indexanpassung war 1921 für die Eisenbahner und die Staatsbeamten eingeführt, am 15. Februar 1945 suspendiert und 1946 schrittweise wieder eingeführt worden.

⁹ Henri Koch-Kent: Halte à la falsification de l'histoire (le procès Gomand), Imprimerie Hermann (1998) – Gordian Troeller, der 2003 starb, hatte sich in den vergangenen Jahrzehnten international einen Namen als Filmemacher gemacht.

¹⁰ *Henri Koch-Kent: Putsch in Luxemburg? – Ein Schilbbürgerstreich. – Imprimerie Victor Buck (1980)*

¹¹ L'Indépendant, 19.09.1946

¹² John Blaschette: La relance de la vie politique au Grand-Duché de Luxembourg après la Deuxième Guerre Mondiale (*Mémoire*, 1976)

¹³ Gilbert Trausch in: Joseph Bech – Un homme dans son siècle. 50 années d'histoire luxembourgeoise (1914-1964), Luxembourg, 1978

14 d'Unio'n. 5.11.1946